



Enquetekommission II

7. Sitzung (öffentlich)¹

4. Juni 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 15:55 Uhr

Vorsitz: Stefan Engstfeld (GRÜNE)

Protokoll: Dr. Lukas Bartholomei, Mert Karaoglan

Verhandlungspunkte:

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | „Die Auswirkung des Brexit in NRW auf die Bereiche Wissenschaft, Bildung und Forschung“ | 3 |
| | – Anhörung von Sachverständigen (<i>s. Anlage</i>) | |
| 2 | Sachstandsbericht hinsichtlich der deutsch britischen Kooperation und Berührungspunkte im Forschungsbereich Nordrhein-Westfalen | 26 |
| | Vortrag durch Herrn Christian Fischer | |

* * *

¹ nichtöffentlicher Teil siehe nöEKPr 17/25

1 „Die Auswirkung des Brexit in NRW auf die Bereiche Wissenschaft, Bildung und Forschung“

– Anhörung von Sachverständigen (s. Anlage)

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zur 7. Sitzung der Enquetekommission II. Insbesondere begrüße ich die Sachverständigen. Schön, dass Sie die Zeit gefunden haben und uns heute mit Ihrem Sachverstand zur Verfügung stehen. Im Namen der Enquetekommission möchte ich Ihnen meinen ausdrücklichen Dank für Ihre heutige Teilnahme und für die bereitgestellten Stellungnahmen aussprechen.

Ich stelle fest, dass Ihnen die Einladung zu der heutigen Sitzung 17/797 zugestellt worden ist. Mir liegen keine Ergänzungs- oder Änderungswünsche zur Tagesordnung vor. Gibt es von Ihrer Seite noch Anmerkungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung so beschlossen.

Die Sachverständigen sind aufgerufen, jeweils ein fünf- bis zehnteiliges Eingangsstatement zu halten. Nach Ihren Eingangsstatementen haben die Abgeordneten die Gelegenheit, Nachfragen zu stellen, und wir können dann in eine Diskussion eintreten.

Nina Salden (DAAD Außenstelle Brüssel): Herzlichen Dank. – Ich bin heute Morgen aus Brüssel angereist, wo ich die DAAD-Außenstelle leite. Wir beobachten hochschulpolitische Entwicklungen auf EU-Ebene, und natürlich ist der Brexit dabei seit mehreren Jahren – insbesondere auch aktuell – immer wieder Thema. Den DAAD als Institution kennen Sie sicherlich alle, deshalb kann ich es mir wohl sparen, noch Näheres dazu zu erläutern. Ein Fokus unserer Arbeit liegt auf der Mobilität von Studierenden. Deshalb möchte ich meine Ausführungen auch auf die Auswirkungen des Brexits auf die Studierendenmobilität konzentrieren.

Neben der Umsetzung national finanzierter Stipendienprogramme hat der DAAD auch die Aufgabe, nationale Agentur für die Umsetzung des Erasmus+-Programms für den Hochschulbereich in Deutschland zu sein. Weil das Erasmus+-Programm mit EU-Geldern finanziert wird, ist es besonders vom Brexit betroffen.

Vorweg möchte ich sagen, dass der Brexit definitiv Auswirkungen auf die Studierendenmobilität von Deutschland nach Großbritannien und andersherum haben wird, voraussichtlich eher zum Schlechteren. Wir wissen allerdings noch nicht genau, welche Auswirkungen das sein werden. Es ist schwierig, sie vorherzusehen, da wir noch nicht wissen, auf welche Weise Großbritannien aus der Europäischen Union ausscheiden wird – mit Abkommen oder ohne Abkommen. Außerdem hängt dies sehr stark von den Regelungen ab, die im Vereinigten Königreich zu der Einreise und zum Aufenthalt von EU-Bürgern getroffen werden.

Großbritannien ist aufgrund seines qualitativen, renommierten Hochschulsystems bei deutschen Studierenden sehr beliebt. Natürlich liegt das auch an der englischen Spra-

che. Heute wird unsere Präsidentin in Berlin die neue Förderstatistik des DAAD vorstellen, aus der wieder einmal deutlich wird, dass Großbritannien zu den beliebtesten Zielländern deutscher Studierender gehört.

Das Erasmus+-Programm ist ein, wenn nicht das zentral wichtigste Instrument für den Studierendenaustausch zwischen Europa und Großbritannien. Wir schicken über das Erasmus+-Programm pro Jahr knapp 5.000 deutsche Studierende nach Großbritannien, darunter etwa 1.900 aus Nordrhein-Westfalen. Auch wenn doppelt so viele Studierende über Erasmus+ nach Großbritannien gehen als von dort nach Europa geschickt werden, ist das Programm nichtsdestotrotz wichtig für Großbritannien; denn 53 % der britischen Auslandsmobilität wird über Erasmus+ abgewickelt.

Damit ist natürlich die wichtige Frage, welche Auswirkungen der Brexit auf das Programm haben wird, verbunden. Tritt Großbritannien mit einem Abkommen aus der EU aus, dann ist bis Ende 2020 erst einmal alles gesichert, und das Programm mit Großbritannien kann weitergeführt werden. Kommt es zu einem No Deal, also zu einem Ausscheiden Großbritanniens ohne Abkommen, sieht die Situation wesentlich anders aus. Dann wäre Großbritannien von heute auf morgen kein Teilnehmerland am Erasmus+-Programm mehr und damit könnten keine EU-Zahlungen mehr an britische Einrichtungen gezahlt werden, und es könnten keine Austausche nach Großbritannien mehr stattfinden.

Die Europäische Kommission hat Anfang des Jahres endlich – wir haben schon sehnsüchtig darauf gewartet – eine Notfallregelung zu Erasmus+ erlassen, die besagt, dass zum Zeitpunkt des Brexits bereits begonnene Aufenthalte zu Ende geführt werden können. Das ist erst einmal positiv. Vieles ist aber in diesen Notfallbestimmungen nicht geregelt, denn zum Beispiel wären nach dem Brexit-Datum beginnende Erasmusaufenthalte nicht mehr möglich, und es ist auch noch nicht abschließend geregelt, was mit den laufenden Hochschulkooperationsprojekten geschieht, die mithilfe von Erasmus+ finanziert werden.

So viel zu der kurzfristigen Situation bis Ende 2020, die von den zwei möglichen Szenarien „Deal“ oder „No Deal“ abhängt.

Wichtig ist auch die Frage, wie es langfristig mit dem Studierendenaustausch weitergeht. Wird Großbritannien ab 2021 weiterhin am Erasmus+-Programm teilnehmen? Grundsätzlich ist es möglich, dass sich Drittländer, also Nicht-EU-Mitgliedsländer am Erasmus+-Programm assoziieren – zum Beispiel hat Norwegen das Jahre lang getan. Die Europäische Kommission hat dies in ihrem Vorschlag für eine Verordnung des Erasmus+-Programms auch wieder so vorgesehen, allerdings muss der Passus zur Assoziierung von Drittländern – auch im „Horizon Europe“-Programm – noch verhandelt werden und ist natürlich mit einigen Auflagen verknüpft. Großbritannien müsste also einen finanziellen Beitrag leisten, könnte aber nicht bei der Programmgestaltung mitwirken.

Die Aussagen der britischen Regierung zur weiteren Beteiligung an Erasmus+ waren bisher positiv, aber nicht immer ganz eindeutig. Es wird auch ab und zu von einem nationalen Ersatzprogramm gesprochen. Wir sind der Auffassung, dass nationale Ersatzprogramme das Erasmus+-Programm nicht ersetzen können. Erasmus+ verfügt

über ein gewachsenes Netzwerk und gemeinsame Verfahren und Vereinbarungen, so zum Beispiel zur Nichtzahlung von Studiengebühren. Im Fall von Großbritannien ist gerade dieses Thema ganz wichtig, und dies kann nicht einfach durch bilaterale Programme ersetzt werden. Das Erasmus+-Programm ist also für den Studierendenaustausch zentral wichtig, und Großbritannien stellt innerhalb dessen ein wichtiges Partnerland dar.

Lassen Sie mich zum Ende noch ein paar Worte zu der Studierendenmobilität außerhalb von Erasmus+ sagen. Es wird erwartet, dass Großbritannien mit dem Brexit die Personenfreizügigkeit der EU-Bürger beenden wird. Derzeit wird ein neues Zuwanderungssystem diskutiert, das voraussichtlich auch Studierende und Wissenschaftler betreffen wird. Das bedeutet geänderte Rahmenbedingungen für Studierende zu Einreise, zum Aufenthalt und insbesondere zu der Zahlung von Studiengebühren, und dies wird Auswirkungen auf die Studierendenmobilität und auf die Mobilität im Zusammenhang mit Praktika haben.

Insbesondere Letzteres ist für uns ein ganz wichtiger Punkt. Großbritannien ist im Rahmen der Erasmus+-Praktika Zielland Nummer eins für deutsche Studierende. Gerade in dieser Hinsicht erwarten wir allerdings erschwerte Rahmenbedingungen.

Auch die Studiengebühren stellen für uns ein ganz wichtiges Thema dar. Bisher zahlen EU-Bürger die gleichen Studiengebühren wie britische Bürger und können – wie die britischen Studierenden auch – Darlehen annehmen. Erfreulicherweise wurde gerade vor einigen Tagen angekündigt, dass diese Regelung auch noch für das Hochschuljahr 2020/2021 gelten wird. Für die Zeit ab dem darauffolgenden Jahr 2021/2022 liegt jedoch ein Vorschlag auf dem Tisch, dass in Zukunft EU-Studierende die gleichen Gebühren wie internationale Studierende zahlen müssen, die deutlich höher sind und zu einer Verdopplung oder sogar Vervierfachung der bisherigen Gebühren führen könnten. Das wird auch Auswirkungen auf die DAAD-Stipendien nach Großbritannien haben. Es werden also deutlich höhere Kosten auf den DAAD und auch auf die Studierenden selbst zukommen.

Wir erwarten, sollte es zu einem Wegfall Großbritanniens aus dem Erasmus+-Programm kommen, auch einen Run auf die DAAD-Stipendien nach Großbritannien, die allerdings mit höheren Kosten und anderen Schwierigkeiten verbunden sein werden. Grundsätzlich ist die Förderung der DAAD-Stipendien – sie werden national für Deutsche vom BMBF und über das Auswärtige Amt finanziert – vom Brexit nicht betroffen.

Ich möchte noch einmal meine wesentlichen Aussagen auf den Punkt bringen. Erstens: Der Brexit wird Auswirkungen auf die Studierendenmobilität haben, wie genau ist aufgrund der Rahmenbedingungen noch nicht vorauszusehen, aber voraussichtlich wird das auch mit einigen Problemen einhergehen. Zweitens: Das Erasmus-Programm nimmt eine zentrale Stellung bei der Studierendenmobilität zwischen Deutschland und Großbritannien ein und ist nicht so einfach zu ersetzen. Für die DAAD-Stipendien werden voraussichtlich höhere Kosten auf uns zukommen.

Drittens: Sollte Großbritannien wirklich aus dem Erasmus-Raum ausscheiden, wird es voraussichtlich zu Veränderungen der Mobilitätsströme innerhalb der Erasmus-Länder

kommen. Sollten die Rahmenbedingungen für EU-Studierende in Großbritannien wirklich deutlich schlechter werden, kann dies auch zu Verschiebungen in der Mobilität allgemein führen. Davon wiederum könnten natürlich auch deutsche Hochschulen und damit auch Hochschulen in Nordrhein-Westfalen profitieren. Gerade bei englischsprachigen Studienangeboten könnten mehr Erasmus-Studierende oder andere EU-Studierende nach Deutschland kommen.

Dr. Roland Kischkel (Bergische Universität Wuppertal): Sie werden nun im Gegensatz zu meiner Vorrednerin einen Perspektivwechsel erleben. Wir blicken noch auf das gleiche Objekt, allerdings aus der Froschperspektive einer Universität, anders als es bei der systembezogenen Perspektive des DAAD, der DFG oder der anderer Wissenschaftsorganisationen der Fall ist.

Meiner Perspektive ähnelt auch die Sichtweise von Frau Professorin Diehr, die Ihnen ein schriftliches Gutachten hat zukommen lassen. Frau Diehr schreibt ebenso wie ich vom Standpunkt einer Universität – Sie ist Hochschullehrerin, ich bin Kanzler einer Universität –, unser Anliegen ist aber nicht speziell bergisch bzw. auf Wuppertal bezogen, sondern es ist das Anliegen einer ganz normalen deutschen Universität angesichts des drohenden Brexits.

Zu Beginn möchte ich ein Dilemma deutlich machen: Ihre Fragen zu beantworten, ist sehr schwierig. Wären sie leicht zu beantworten, bräuchte man allerdings auch keine Enquetekommission. Es ist aber nicht deswegen schwierig, weil die Materie kompliziert ist, sondern weil im Moment das Wertesystem eines bestimmten Szenarios bzw. das Argumentieren über ein bestimmtes Szenario so viele Probleme bereitet. Man kann heute kaum mehr ernsthaft das verhandelte, in einem Vertragsentwurf niedergelegte Brexit-Szenario beurteilen, weil im Moment kaum noch jemand daran glaubt, dass dies zum Zuge kommen wird.

An den Hochschulen – das kann ich sagen, ohne es empirisch stützen zu können – sind die meisten Leute davon überzeugt, dass, würde ein solcher Vertrag so oder so ähnlich unterschrieben und UK damit aus der EU ausscheiden, in der Welt der Wissenschaft zwar Einschränkungen nicht ausgeschlossen werden könnten, man aber im Großen und Ganzen so weitermachen könnte wie bisher.

Wir glauben das auch deswegen, weil unsere Partner in UK – der Universitätsverbund, aber auch die Wissenschaftspolitik – genau wie wir vollkommen davon überzeugt sind, dass die supranationalen Verbindungen für die Wissenschaft und für den Studierenden- und Forschendenaustausch essenziell sind. Darin liegt ein originäres Eigeninteresse des Vereinigten Königreichs. Deswegen habe ich für dieses Szenario immer großen Optimismus aufbringen können.

Dieser ist mir nun jedoch verloren gegangen, weil momentan niemand mehr an etwas anderes als an einen nicht geregelten Brexit glauben kann. Gegen dieses Szenario zu argumentieren, ist fast unmöglich, weil es in so einer extremen Weise spekulativ ist, dass man kaum mehr tun kann, als zu versuchen – ohne Schwarzmalerei betreiben zu wollen –, die möglichen Schäden zu verstehen. Und selbst dabei wird man kaum zu konkreten Ergebnissen kommen; denn man wird wenige Ansatzpunkte finden, um

konkrete Maßnahmen beschreiben zu können. Wie soll man gegen ein ungewisses Szenario Maßnahmen ergreifen und mehr tun, als der eigenen Sorge bzw. dem eigenen Missbehagen Ausdruck zu verleihen? Letzteres kann allerdings durchaus in der internationalen Wissenschaftswelt sehr relevant sein, ist allerdings kein starker politischer Ansatz.

Bei der Betrachtung des Themas stehen wir vor einem analytischen Problem. Aus Perspektive der Hochschulen sprechen wir einerseits über Studierendenmobilität – Frau Salden hat die Bedingungen dessen perfekt dargestellt –, aber auch über die Mobilität der Forschenden bzw. der Lehrenden, die in dem EU-Programm zum Teil ebenfalls ausgebildet sind. Wir sprechen andererseits aber auch über die Mobilität, die nicht programmgesteuert ist und für die wir sogar keine Programme benötigen, sondern die einfach spontan, schnell und ungesteuert, aus der Wissenschaft heraus möglich sein muss. Manchmal gibt es dafür strategische oder projektbezogene Universitätsverträge, manchmal aber auch nicht.

Weiterhin möchte ich an den die Wissenschaft betreffenden gewerblichen Warenverkehr erinnern, auch wenn dies bei Weitem nicht solch eine Bedeutung hat. Diesen Aspekt dürfen wir nicht unterschätzen, denn UK ist eine außerordentlich starke, traditionsreiche Wissenschaftsnation, und deswegen gibt es gerade im Vereinigten Königreich Unternehmen, die zum Teil sogar aus der Wissenschaft entstanden und gegründet wurden und die wissenschaftliche Forschungsgeräte auf allerhöchstem Niveau vertreiben. Ein eingeschränkter, durch irgendetwas behinderter Zugang zu solchen Geräten – ich werde zwei oder drei dieser Firmen später kurz nennen und skizzieren –, kann ganz unmittelbar negative Auswirkungen haben; denn von den Firmen, die solche Geräte auf diesem Niveau herstellen, gibt es weltweit vielleicht nur zwei, drei oder vier.

Das mögen zum Teil noch gefühlte Sorgen sein – vielleicht hier und da auch irrationale Sorgen –, schließlich ist gerade an den Hochschulen die Zahl derer, die emotional an dem Einigungsgedanken der Europäischen Union hängen, sehr hoch. Dies spielt eine ganz große Rolle, und dementsprechend sind die Sorgen auch nicht immer sachlich begründet, aber gleichwohl sind sie sehr stark. Das betrifft Studierende, aber auch Forschende und Lehrende. Allein deswegen hat die quälend lange Diskussion über den Brexit große und besorgniserregende Ausmaße erreicht. Schon die Sorge, dass etwas Negatives passieren könnte, hält viele davon ab, UK als Ort für ein Auslandsstudium in Betracht zu ziehen und dort einen Kooperationspartner zu suchen.

Das gilt allerdings nicht für Forschungsk Kooperationen. Eine Forschergruppe kann weltweit mögliche Partner finden. Ein Beispiel – es gibt dutzende solcher Kooperationen –: Eine Wuppertaler Gruppe von Literaturwissenschaftlern erstellt eine digitale Edition der Ausgabe von Schnitzler, und der archivarische Bestand, den man dafür braucht, liegt in der Universitätsbibliothek in Cambridge – und nur dort –, während die Rechteinhaber in Österreich verortet sind. Man muss in diesem Fall mit der Universitätsbibliothek in Cambridge zusammenarbeiten, sonst gibt es keine Schnitzler-Edition. Nicht-Germanisten oder Nicht-Schnitzler-Anhänger werden vielleicht sagen, das sei nicht so schlimm, aber für die Germanistik wäre das ein furchtbarer Verlust. Die Bedeutung dieser Schnitzler-Edition erkennt man auch daran, dass diese mit einem mehrfachen

Millionenbetrag gefördert wird. Allein dadurch kommt ein hohes gesellschaftliches, wissenschaftliches Interesse zum Ausdruck.

In anderen Bereichen hat man aber durchaus die Wahl, ob man beispielsweise mit einem bestimmten Forschungsprojekt aus UK oder Frankreich, aus Italien, Skandinavien oder aus den USA zusammenarbeitet; wenn es sich um gleichwertige Partner handelt. Über kurz oder lang wird das dazu führen, den britischen Partner erst einmal in die zweite oder dritte Reihe zu stellen. Und das wird in der Summe – ebenso wie bei den Entscheidungen der Studierenden – zu einem schleichenden Verzicht auf diese Verbindungen führen.

In meiner schriftlichen Stellungnahme hatte ich folgende Aussage an den Anfang gestellt – ich hoffe, dass Sie es nicht als überzogen erachten, dass ich Internationalität als die Möglichkeit der Wissenschaft überhaupt dargestellt habe –: Jede Einschränkung, die nationale, ethnische, religiöse oder politische Grenzen betrifft, ist für die Wissenschaft ein Risiko. Diese Ansicht entspringt nicht einem Gutmenschentum. Vielmehr finden Wissenschaftler Internationalität prinzipiell gut, nicht nur weil sie so sozialisiert sind, sondern aufgrund der Erkenntnis, dass Wissenschaft schon lange nicht mehr in nationalen oder regionalen Grenzen betrieben werden kann. Letzteres hat man zuletzt im deutschen Nationalsozialismus versucht, wo man die Deutsche Physik erfunden und behauptet hat, sie sei die bessere Physik. Alle – auch die deutschen Physiker – wussten, dass das grober Unfug war. Die Internationalität von Wissenschaft ist Bedingung für ihren Erfolg, und deswegen ist die Sorge vor Grenzen dort auch so stark verbreitet.

Ich habe im Vorfeld mit einem Kollegen der DFG telefoniert, der dort in dem Bereich arbeitet, in dem wissenschaftliche Geräte administriert werden. Mittel für wissenschaftliche Geräte werden häufig im Rahmen von DFG-Projekten beantragt. Mich interessiert gar nicht so sehr die Zahl, wie viele Geräte dort bestellt werden, wie groß die Summen sind oder wie häufig das vorkommt.

Der Kollege hat mit seinen Mitarbeitern gesprochen und mir beispielhaft 30 Firmen genannt, die ich auch in meiner schriftlichen Stellungnahme aufgeführt habe. Diese Firmen machen hochspezialisierte Geräte, nicht nur für Wissenschaftler in Deutschland, sondern weltweit zugänglich, und für solche Geräte existiert kein großer Markt. Sie wollen diese Geräte natürlich verkaufen, sie sind aber aus der Forschung heraus so spezialisiert entstanden, dass irgendein Hindernis unmittelbar zu einem Wettbewerbsnachteil für jeden Wissenschaftler führen wird, der diese Geräte benötigt. Als Brite geht man nicht einfach in die USA, wo man es auch nicht viel leichter hat, oder in irgendein anderes europäisches Wissenschaftsland, wo die technologischen Voraussetzungen häufig nicht so sind wie in UK.

Die in der Stellungnahme genannten Unternehmen sind nur Beispiele; es gibt auch noch weitere. Wenn Sie diesen Gedanken plausibel finden, sollten Sie ihm vielleicht auch in der eigenen Arbeit noch mehr Aufmerksamkeit widmen. Eventuell haben Sie es aber auch schon getan. Die Vermeidung von Handelshemmnissen für wissenschaftliche Geräte wurde aus meiner Sicht jedenfalls bisher noch nicht stark genug beachtet.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ich kann Ihnen zusichern, dass Sie nicht vergeblich sprechen.

Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung): Ich bedanke mich herzlich für die Einladung.

Eine Vorbemerkung: Ich finde es sehr gut und angemessen – meine Vorredner haben das in ähnlicher Weise ausgeführt –, dass man sich im politischen Umfeld Gedanken über die Wege macht, die jetzt möglicherweise gegangen werden müssen. Ich bin 1960 geboren und habe in meinem Elternhaus eine gewisse Euphorie über den Aufstieg der Europäischen Union in den 60er- und 70er-Jahren miterlebt. Außerdem unterrichtete ich Schülerinnen und Schüler im Fach Geographie und habe dabei in der Oberstufe die Europäische Union thematisiert. Angesichts dessen fällt es mir schwer, die aktuellen Entwicklungen mitanzusehen.

Heute Morgen wurde ich von Schülern meines Leistungskurses gefragt, ob es normal ist, dass sich der amerikanische Präsident in London über die Nachfolge der noch amtierenden Premierministerin, die bereits ihren Rücktritt angekündigt hat, äußert.

Wir leben – das haben meine Vorredner auch bereits mit anderen Bezügen ausgeführt – in einer Zeit, in der man aus dem Kopfschütteln nicht mehr herauskommt und in der man nicht mehr genau versteht, wo die Entwicklung hingehen soll.

Nach Ihren bisherigen Ausführungen und den Stellungnahmen erlaube mir die Einschätzung, dass die Auswirkungen auf Wissenschaft und Hochschulen wohl deutlich gravierender sind als auf den Bereich „Schule“. Insbesondere Kooperationen und Partnerschaften mit Großbritannien haben an den Schulen eine ganz lange Tradition. Das betrifft im Grunde alle Schulformen, wobei sicherlich an den Gymnasien und Gesamtschulen der Anteil deutlich größer ist als an anderen Schulformen. Ich kann das aber nicht mit Zahlen unterlegen.

Allerdings haben wir in den letzten 10 bis 15 Jahren einen Rückgang der Zahl der Austausch wahrgenommen. Das hat nichts mit Großbritannien im Speziellen zu tun, sondern damit, dass Schülerinnen und Schülern und insbesondere auch Eltern schulische Partnerschaften und Kooperationen mit Ländern der Europäischen Union immer schwieriger attraktiv zu machen sind. Deshalb ist die Situation eine ganz andere als beim Thema „Hochschule“ und bei Erasmus. Die Zahl der gelebten, aktiven schulischen Partnerschaften ist in den letzten Jahren landesweit zurückgegangen, aber das betrifft Großbritannien nicht besonders stark. Das hat auch damit zu tun, dass der Stellenwert des Spracherwerbs insbesondere des Deutschen sich verändert hat.

Wir konnten ermitteln, dass sich etwa ein Drittel der Gymnasien mit dem englischsprachigen Raum austauscht und dort aktiv unterwegs ist. Nun wird der geregelte Brexit immer unwahrscheinlicher, und das wird auf die Praxis und die Umsetzung dieser Partnerschaften mit Sicherheit gravierende Auswirkungen haben. Diese werden wahrscheinlich nicht so weitreichend sein wie im Hochschulbereich, sondern – viele Schulen haben bereits Kooperationen mit Nicht-EU-Ländern – man wird mithilfe bilateraler bzw. multilateraler Regelungen oder Kulturabkommen Lösungen finden müssen. Aber ganz klar ist auch, dass die bestehende Praxis jetziger schulischer Partnerschaften

und Kooperationen zunächst einmal eingeschränkt werden wird. Das fängt bei der Reisefreiheit und den Reisemöglichkeiten an und endet unter anderem bei finanziellen Aspekten. Das ist ein Bereich, der mit Sicherheit betroffen sein wird.

Ich möchte den Fokus auf den ganz entscheidenden Bereich der Lehrerausbildung lenken. Der Auslandsaufenthalt und das Praktikum während des Studiums sind im Fach Englisch für viele Lehrerinnen und Lehrer eine Selbstverständlichkeit. Der Bedarf an dem Fach ist an allen Schulformen ganz enorm und wird gerade in den kommenden Jahren auch weiterhin enorm sein. Insofern wird also die Lehrerausbildung ganz gravierend davon betroffen sein, auch im Hinblick auf die Frage, inwieweit erworbene Studienbescheinigungen möglicherweise in Großbritannien verrechnet werden können. Auch das ist gängige Praxis.

Das sind aus meiner Sicht die beiden Bereiche, in denen schulische Arbeit und schulisches Leben am stärksten betroffen sind, und dies steht neben dem, was wir gesellschaftlich wahrnehmen.

Maïke Finnern (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW): Ich möchte nicht alles Gesagte noch einmal wiederholen. Es ist gut, dass ich zum Schluss spreche; denn wir haben mit all den angesprochenen Bereichen zu tun.

Frau Salden hat sehr ausführlich über die Mobilität von Studierenden und über deren mögliche Einschränkung berichtet. Vor allem vor dem Hintergrund der möglichen Veränderungen der finanziellen Ansprüche an so einen Auslandsaufenthalt muss man immer im Kopf behalten, dass es immer diejenigen trifft, für die wir uns besonders einsetzen, nämlich die Studierenden aus finanzschwächeren und bildungsferneren Familien.

Für diese ist es auch unter jetzigen Bedingungen schwieriger, ins Ausland zu gehen, auch wenn im Moment im Hintergrund eine gute Förderungsstruktur vorhanden ist, die dann aber eventuell wegfallen könnten. Selbst wenn es andere Möglichkeiten gäbe, ein Auslandssemester zu finanzieren, wäre die Hürde immer noch sehr groß. Wenn man aus solchen Familien kommt, ist es auch schwierig, noch andere Finanzierungsquellen zu erschließen. Ich vermute, dass ein Wegfall von Erasmus+ diese Gruppe der Studierenden am härtesten träfe, wenn diese selbstverständlichen Förderungsmechanismen wegfallen würden.

Zu den Beschäftigten an den Hochschulen. Der Summit Horizon 2020 bietet entsprechende Förderungsprogramme. Auch da gilt das gleiche wie für ihre Erasmus: Es gibt zwar eine Übergangsregelung, aber es stellt sich die Frage, wie es danach weitergehen wird. Das hängt ab von der Art und Weise, in welcher der Brexit letztlich stattfindet. Es wäre wichtig, eine Folgeregelung auszuhandeln; denn ein Wegfall hätte Folgen für den Austausch von Forschenden und Lehrenden zwischen den Ländern UK und Deutschland.

Schulpartnerschaften muss man kommunal betrachten; denn sie stehen häufig im Zusammenhang mit Städtepartnerschaften. Darin drückt sich auch eine gewisse Verbundenheit einer Kommune mit einer Partnerkommune in UK aus. Diese Partnerschaften sind für die Verbindung zwischen den beiden Ländern von besonderer Bedeutung. Es

wäre wirklich wichtig, zu hinterfragen, wie man solche Partnerschaften weiterführen kann.

Ich bin mir ziemlich sicher, dass der Brexit überall Auswirkungen haben wird und vieles auf unterschiedliche Art und Weise schwieriger werden wird. Insofern ist es gut, dass Sie sich schon im Voraus mit solchen Fragen befassen. Selten habe ich mich in Vorbereitung auf eine Anhörung so intensiv in bestimmte Dinge einlesen müssen. Auch wir sind in dem bevorstehenden Prozess Lernende. Wir müssen uns dieser sehr wichtigen Frage stellen, und wir müssen sie auch gemeinsam angehen, damit die guten, gewachsenen Verbindungen nicht einfach abgeschnitten und damit sämtlicher Austausch erschwert wird.

Wir alle sind uns bei unseren Prognosen nicht sicher. Natürlich ist klar, dass es in dem Programm einige Veränderungen geben muss. Das Land Nordrhein-Westfalen sollte ganz dezidiert eine Bestandsaufnahme angehen: Wo können wir als Land Nordrhein-Westfalen Maßnahmen ergreifen, um solche Auswirkungen zumindest abzumildern und weitere Kooperationen zu ermöglichen? Gerade im Hinblick auf Nachverhandlungen ist das wichtig. Wo sind Folgeregelungen für die Zeit nach dem Brexit möglich? In welchen Bereichen gibt es überhaupt Auswirkungen? In einigen Bereichen wird der Brexit vielleicht keine Auswirkungen haben, aber in anderen Bereichen wird er wohl alle Verbindungen abschneiden. Wir appellieren dafür, sich das noch einmal ganz detailliert anzuschauen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Damit haben wir alle Eingangstatements der Sachverständigen gehört. Ich eröffne die Fragerunde der Fraktionen.

Raphael Tigges (CDU): Zunächst einmal vielen Dank an die Sachverständigen, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen und so intensiv Ihre Position dargelegt haben. Vielen Dank auch für die vorab eingegangenen schriftlichen Stellungnahmen.

Uns eint, dass wir alle nicht genau wissen, worauf wir zusteuern. Ein Stück weit ist es noch ein Stochern im Nebel, und jeder bereitet sich auf verschiedene Szenarien vor; darüber sind wir uns in dieser Runde sicherlich einig. Es ist gut und richtig, sich im Vorfeld Gedanken zu machen, bevor uns Dinge überrollen, die wir nur noch schlecht oder zu spät einfangen können.

Frau Salden, Sie sprachen von Veränderungen der Mobilitätsströme der Studierenden. Können Sie das noch weiter quantifizieren bzw. eingrenzen? Können Sie erläutern, welche bestimmten Bereiche das in Bezug auf Hochschulen in NRW besonders betrifft? Gilt dies eher für technische oder eher für geisteswissenschaftliche Bereiche?

Wie ist die deutsche Hochschullandschaft diesbezüglich aufgestellt? Sollte Deutschland – bzw. auch Nordrhein-Westfalen – tatsächlich profitieren, wie Sie es in Ihrer Stellungnahme dargestellt haben? Wie ist NRW aufgestellt? Wo müsste man nachjustieren, beispielsweise bei der Ausgestaltung von Studiengängen?

Herr Dr. Kischkel, laut Ihrer Stellungnahme stammten 60 % des internationalen wissenschaftlichen Personals an britischen Unis aus EU-Staaten und ca. 6.000 davon aus

Deutschland. Welche Strömungen und Veränderungen erwarten Sie in dieser Hinsicht? Könnte NRW davon profitieren und Wissenschaftler ins Land holen bzw. auch Wissenschaftler, die darüber nachdenken, wieder in NRW zu lehren, zurückzuholen? Erwarteten Sie in dieser Hinsicht signifikante Änderungen?

Sie sind auch auf die Forschungsprojekte bzw. auf die vorhandenen Kooperationen eingegangen und sprachen insbesondere von Veröffentlichungen, die immer wieder eine Rolle spielen bzw. anhand derer Sie das quantifiziert haben. Darüber hinaus gibt es natürlich eine Menge an wirtschaftlichen Kooperationen, bei denen Drittmittelgeber und die Wirtschaft eingebunden sind. Letztere hat ja auch ein großes Interesse daran, dass bestimmte Dinge weiterlaufen. Denkt die Wirtschaft darüber nach, stärker in die Bresche zu springen und vielleicht die Finanzierung von Kooperationen zu übernehmen? Wie könnte sich ein Engagement der Wirtschaft auf Projekte auswirken?

Herr Käufer, Sie sprachen von multi- oder bilateralen Kultur- und Bildungsabkommen. Sehen Sie nicht die Gefahr eines bunten Fleckenteppichs, wo unter verschiedenen Voraussetzungen versucht wird, Abkommen oder Verträge zu schließen? Oder sind Ihrer Meinung nach eher das Land oder der Bund in der Pflicht, einen Rahmen zu schaffen, in dem man sich bewegen kann? Teilen Sie die Auffassung, dass man die persönlichen Bindungen – Frau Finnen hat auf die bestehenden persönlichen, emotionalen Bindungen zwischen Städten und Schulen bzw. auch zwischen Personen, etwa Schulleitern hingewiesen – stärken müsste?

Susana dos Santos Herrmann (SPD): Auch unsererseits herzlichen Dank, dass Sie sich die Mühe gemacht haben, hierherzukommen und uns vorab sehr tiefgehende schriftliche Stellungnahmen zuzusenden.

Herr Dr. Kischkel, Sie haben sehr eindrücklich das Leitbild der internationalen Wissenschaft und die Folgen, die insbesondere ein sogenannter „harter Brexit“ haben könnte, dargestellt. Wo sehen Sie konkrete praktische Möglichkeiten für ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen, grenzüberschreitende Forschungsk Kooperationen weiterzuführen und dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen?

Meine Frage an Frau Salden geht in eine ähnliche Richtung. Sie hatten in Ihrer schriftlichen Stellungnahme von bilateralen Kooperationsprojekten gesprochen und gesagt, das könne einen Ersatz für wegfallende Strukturen darstellen. Was würden Sie einem Bundesland wie Nordrhein-Westfalen auf den Weg geben? Was müssen wir als Bundesland tun, um möglichst die Lücke zu füllen, die bei einem harten Brexit entstehen würde, wovon wir ja im Moment ausgehen müssen?

Dr. Martin Vincentz (AfD): Auch von unserer Seite ein großes Dankeschön an die Sachverständigen. In den eingegangenen Stellungnahmen stand schon viel Informatives.

Wir sind uns alle einig, dass eine Scheidung immer schmerzhaft ist. Beziehungspsychologisch gesprochen ist immer dann Glück zu finden, wenn man die Trennung ir-

gendwann akzeptiert. Ich möchte also mit Ihnen in die Zukunft blicken, denn letztendlich haben nicht wir die Scheidungspapiere eingereicht, sondern das Vereinigte Königreich.

Frau Salden, inwieweit könnten Austauschprogramme mit den USA, Kanada oder im Besonderen mit der Schweiz als Beispielmodelle erhalten, um neue Kooperationen mit dem Vereinigten Königreich zu verhandeln?

Herr Dr. Kischkel, es steht wohl außer Frage, dass Bildungs- und Forschungsmöglichkeiten angesichts der aktuell möglichen Szenarien – etwa bei einem harten Brexit – bedroht sind. Inwieweit können auch da die Forschungsk Kooperationen mit den USA, mit Kanada, Israel, China, Japan oder Korea als Beispiele für Austausche erhalten, die nicht an nationalen Grenzen scheitern, sondern sich auf den Dialog zwischen Universitäten konzentrieren?

Rainer Matheisen (FDP): Herzlichen Dank auch vonseiten der FDP-Landtagsfraktion für Ihre schriftlichen Stellungnahmen und für Ihre Bereitschaft, den Nachmittag mit uns zu verbringen.

Herr Käuser, Sie haben soeben angesprochen, dass die bisherige Praxis der Schüleraustausche nicht fortgeführt werden kann. Sie haben als Beispiel für einen Grund die Einreisemodalitäten angeführt. Können Sie noch etwas zum gesamten Ablauf der bisherigen Praxis berichten?

Frau Salden, wie stellt sich die Situation auf britischer Seite, bei Ihrem Pendant dar? Sie werden wahrscheinlich einen Austausch miteinander pflegen. Welche Vorstellungen über eine weitere Zusammenarbeit bestehen dort – auch unabhängig von den unkalkulierbaren politischen Entscheidungsfindungen?

Dr. René Repasi (Sachverständiger der EK II): Herr Dr. Kischkel, ich bin selbst im Wissenschaftsbetrieb tätig, allerdings in den Niederlanden an der Erasmus-Universität in Rotterdam. Wenn wir dort eine Assistenzprofessur ausschreiben, bekommen wir in Sachen „Qualität“ Bewerbungen, von denen wir vor vier Jahren nicht einmal geträumt haben. Meist kommen diese aus Großbritannien. Sie werden bei uns regelmäßig auch angenommen. Das gleiche gilt für andere niederländische Universitäten, die bei Ausschreibungen häufig Top-Leute bekommen.

Auch im Rahmen von Horizon 2020 achten wir darauf, Universitäten aus UK dabei zu haben. An diesen Universitäten sind die Leute tätig, deren Lebensläufen so gut sind, dass sie regelmäßig von der Kommission den Zuschlag erhalten. Jetzt, wo man annehmen muss, dass UK draußen ist und erst einmal nicht Teil des Programms Horizon 2020 sein kann, möchte man natürlich diese Leute an die eigene Universität holen, um damit das eigene Profil zu stärken.

Die Leute, die sich bei uns beworben haben, habe ich aus Eigeninteresse gefragt, ob sie sich auch in Deutschland beworben haben, und wenn nein, warum nicht? Hundertprozent der Personen, die ich gefragt habe, haben gesagt, sie hätten sich nicht in Deutschland beworben. Die Antwort auf die Frage, warum nicht, lautete häufig: Wegen der deutschen Sprache. – Die Niederlande ist nach Großbritannien das Land, in das

Wissenschaftler am häufigsten wechseln. Das liegt an der internationalen Vernetzung der Universitäten und an der Nutzung des Englischen an den Universitäten, und zwar sowohl in der Forschung als auch in der Lehre.

Weiterhin wurde aber auch die wissenschaftliche Karriereperspektive als Grund genannt. So stelle die Habilitation als Voraussetzung für einen Lehrstuhl ein Hemmnis dar. Außerdem wurde das in Deutschland geltende wissenschaftliche Arbeitsrecht angeführt.

Was kann man aus Sicht des Landes Nordrhein-Westfalen tun, um die Karriere in der nordrhein-westfälischen Wissenschaft für die Leute mit den guten Lebensläufen aus dem Vereinigten Königreich attraktiver zu machen? Das sollte nicht nur für Rückkehrer, die Deutsch können, gelten, sondern auch für diejenigen, die nicht des Deutschen als Muttersprache mächtig sind. Auf diese Weise könnte man die Profile der nordrhein-westfälischen Universitäten so stark machen, dass sie bei dem Projekt Horizon 2020 aus eigener Kraft erfolgreich sein können.

Peter Brock (Sachverständiger der EK II): Herr Käuser, Sie erwähnen neue bilaterale Kooperationen, die möglicherweise für den Schüleraustausch sinnvoll sein könnten. Können Sie noch einmal ein paar Tipps geben, in welche Richtung dies gehen könnte?

Frau Salden, was kann man im Hinblick auf Schüler- und Studentenpraktika vorbereitend tun, damit es in dieser Hinsicht auch nach dem Brexit weitergeht? Dabei geht es nicht nur um den Austausch an sich, sondern auch um Versicherungen und andere Dinge, die dann noch komplizierter werden. Was können wir tun, damit die Zahl der Schüler- und Studentenpraktika auf einem hohen Niveau bleibt?

Vorsitzender Stefan Engfeld: Damit sind wir am Ende der ersten Fragerunde angelangt. Nun haben die Sachverständigen das Wort.

Rüdiger Käuser (Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung): Herr Brock, Ihre Frage ist schnell beantwortet. Beispielsweise sind mit der Schweiz und mit Norwegen Vereinbarungen getroffen worden, die Schulpartnerschaften relativ einfach möglich machen.

Das geht auch in die Richtung der Frage von Herrn Tigges: Was kann das Land an Vorleistungen erbringen? Einigermaßen sichere rechtliche Voraussetzungen sind vor dem Hintergrund der föderalen Strukturen sicherlich hilfreich. Bilaterale Abkommen – auf Landes- oder auf Bundesebene – bieten die rechtlichen Voraussetzungen für die Durchführung von Austauschen und können Partnerschaften so einfach möglich machen, wie es wünschenswert ist.

Schulen sind in dieser Hinsicht sehr erfinderisch. An meiner eigenen Schule haben wir eine Partnerschaft mit einer Schule in China. Das gestaltete sich am Anfang sehr schwierig, weil in China immer noch eine Schulaufsichtsebene zwischengeschaltet ist. Inzwischen haben wir uns – ich will es mal so formulieren – verselbstständigt. Wir arbeiten jetzt mit wechselseitigen Einladungen seitens der Schulen. Das ist möglich, wir

bewegen uns damit aber sicherlich in einer Grauzone. Dennoch ist eine klare rechtliche Situation mit Sicherheit hilfreich. Landesweite oder bestenfalls sogar bundesweite Voraussetzungen können schulischen Austausch und Partnerschaften möglich machen und erleichtern.

Herr Matheisen, Sie hatten um einen Einblick in die Praxis gebeten. Auf Partnerschaften und schulische Austausche bin ich bereits eingegangen. Gerade bei den Studienfahrten der Qualifikationsphase 2 ist das Vereinigte Königreich ein ganz wichtiger Austauschpartner. Es gibt wohl kaum ein Gymnasium, das keinen Englischleistungskurs anbietet; viele haben sogar zwei Leistungskurse. Klassischerweise gehört eine Abschlussfahrt in der Qualifikationsphase vor dem Abitur in den englischsprachigen Raum dazu, in der Regel führt sie in das Vereinigte Königreich. An vielen Schulen laufen gerade die Planungen für Fahrten, die im September oder Oktober stattfinden sollen.

Vor dem Hintergrund der vorhandenen rechtlichen Regelungen gehen wir Moment davon aus, dass diese bereits geplanten Fahrten noch wie geplant durchführbar sind. Ein radikaler Brexit könnte aber gravierende Auswirkungen haben, vor allem auch kostensteigernd, denn dies wird sehr stark von den Schulen begrenzt, und das muss ja auch so sein. Das ist ein Bereich, der im Moment vollkommen unproblematisch verläuft, genauso wie die Durchführung der Schulpartnerschaften und Kooperationen. Im Grunde ist nur an Kleinigkeiten zu merken, dass man ins EU Ausland fährt.

Herr Tigges, im Hinblick auf Ihre Frage kann ich an das anschließen, was Frau Finnern gesagt hat. Natürlich werden auch Partnerschaften in Kooperation zweier Schulen geführt, aber in der Regel sind kommunale, zum Teil sogar regionale Verbände an Partnerschaft beteiligt. Eine einigermaßen valide rechtliche Basis ist wichtig, um Verbindungen herzustellen und die Schulen nicht allein zu lassen.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Frau Finnern, Sie sind zwar nicht direkt angesprochen worden, aber wenn Sie noch etwas ergänzen wollen, dann können Sie das gerne tun.

Maik Finnern (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW): Ich möchte noch etwas zu dem Wortbeitrag von Herrn Käuser ergänzen. Die Durchführung von Studienfahrten, Klassenfahrten und Austauschen nach und mit England wird sich schwieriger gestalten, wenn wir Visa brauchen. Zum Beispiel hatten wir schon häufig Probleme, wenn wir mit Schulklassen in andere Länder gefahren sind. Für türkische Schülerinnen und Schüler ist eine Einreise oft schwierig.

Vor dem Hintergrund, dass auch geflüchtete Schülerinnen und Schüler in den Oberstufen vorhanden sind, wird es angesichts von Pässen, für deren ausstellende Länder keine entsprechenden Regelungen gelten, noch einmal deutlich schwieriger, ganze Gruppen an dem Austausch teilnehmen zu lassen. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn man nicht mehr beachten müsste, ob einzelne Kinder mitkommen können oder nicht, und keine besonderen Visa beantragt werden müssen.

Dr. Roland Kischkel (Bergische Universität Wuppertal): Herr Tigges hat gefragt, ob man angesichts der möglichen Abwanderung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus der Europäischen Union, die für ihren Aufenthalt in UK keine Zukunft sehen, einen Vorteil für die Personalgewinnung in Nordrhein-Westfalen erhoffen kann. Ehrlich gesagt, habe ich daran bisher noch nie gedacht. Vielleicht ja, aber das wäre zu kurzfristig gedacht.

Natürlich haben wir einen eklatanten Mangel an wissenschaftlichen Expertinnen und Experten sowie Nachwuchskräften in Projekten. Die Ausweitung der Forschungsfördermittel in Deutschland hat tatsächlich dazu geführt, dass in Forschungsprojekten nicht immer und vor allem nicht immer schnell Positionen im Bereich der Doktoranden oder der Postdocs besetzt werden können. Solche kurzfristigen Personalgewinne unter dem Vorzeichen einer sich negativ entwickelnden internationalen Wissenschaftskooperation würden doch einen Vorteil mit einem schlechtem Beigeschmack bedeuten. Ich kann es schlecht beurteilen, glaube aber nicht, dass dies einen nennenswerten Effekt haben könnte.

Natürlich wären wir nicht unglücklich, wenn wir in der Personalgewinnung erfolgreicher sein könnten. Auf diesen Punkt komme ich zum Schluss noch mal zurück. Das ist eine ganz schwierige und brenzlige Frage, und sie ist ungeheuer wichtig.

Herr Tigges hat außerdem gefragt, ob Unternehmen in Forschungs Kooperationen kompensatorisch als Partner einsteigen würden, wenn internationale Partner aus UK wegbrechen sollten. Daran glaube ich nicht. Unternehmen gehen in Forschungs Kooperationen mit ganz knallharter, rationaler Perspektive. Sie beteiligen sich daran, wenn es für ihren Unternehmenserfolg gut ist, und nur dann. Wenn sich durch die veränderte Konstellation für Unternehmen zusätzliche Perspektiven ergeben würden, könnte das passieren, aber ich glaube nicht, dass auch nur ein einziges Unternehmen einsteigt, um Hochschulen und Universitäten in ihrer Forschung zu stärken, weil Arbeitsgruppenpartner aus UK wegfallen. Für ein Unternehmen, das rational auf den Unternehmenserfolg bedacht ist, ist das nicht erwägenswert.

Frau dos Santos Herrmann stellte die Frage, welche Möglichkeiten es aus Sicht eines Bundeslands geben könnte, den drohenden Einschränkungen für Hochschulen zu begegnen. Ich bin zwar anders als Sie kein Experte im politischen System, aber als halbwegs gebildeter Staatsbürger sehe ich natürlich, dass der politische Hauptakteur auf der nationalen Seite in Berlin sitzt und nicht in Düsseldorf. Dennoch ist das Hochschulsystem eben föderal und der Rechtsträger der Hochschulen ist das Land Nordrhein-Westfalen.

Vielleicht ist meine Antwort zu soft, ich möchte sie aber trotzdem geben: Von der Landespolitik, vom Parlament und auch von der Landesregierung haben wir in all diesen Fragen bisher eine sehr starke Unterstützung erfahren. Das gilt für unser Ministerium, aber auch für das Parlament, das sich intensiv mit dieser Frage beschäftigt, auch und gerade angesichts der drohenden No-Deal-Perspektive. Für die Hochschulen, für die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und auch für die Studierenden – für alle, die das mitbekommen – ist es außerordentlich ermutigend, dass Sie sich intensiv damit beschäftigen und mit uns gemeinsam nach Möglichkeiten suchen, wie man uns den Rücken stärken kann.

Ich kann kein Maßnahmenprogramm aus der Hand schütteln. Ich habe darüber nachgedacht, was geschehen würde, wenn wir, ähnlich wie die Berliner Universitäten, eine wissenschaftsdiplomatische Initiative ergreifen und auf die Universitäten in UK oder auf die Vereinigung der Universitäten in UK zugehen würden. Ich bin nun nicht befugt, für die Hochschulleitungen dieser Universitäten zu sprechen, dennoch: Wenn die Verzweiflung noch größer wird, sollte man vielleicht in einer wissenschaftlich-außenpolitischen bzw. diplomatischen Initiative mit einer Delegation von Sprecherinnen und Sprechern sowie Repräsentanten aus dem Wissenschaftssystem – warum nicht auch aus NRW? – einen demonstrativen Besuch in UK machen. Ganz bewusst sollte man nicht abwarten, was sich in Brüssel, in Berlin oder an anderen Verhandlungsorten tut.

Das wäre allerdings nur ein symbolischer Akt – deshalb sagte ich, es handle sich um einen sehr soften Vorschlag –, aber im Moment sind wir nun einmal in einer Phase, in der solche symbolischen Handlungen tatsächlich eine große Wirkung entfalten können. Aber zu harten Maßnahmen, die man in Rechtliches, Finanzielles, Strukturelles und in Prozesse umsetzen könnte, ist mir nichts eingefallen. Ich kann dazu keine Vorschläge machen.

Herr Vincentz, fragte, ob man nicht eine nationale Kooperation nach dem Vorbild der Zusammenarbeit mit anderen Staaten, die ebenfalls nicht in der Europäischen Union sind, aufbauen könnte, wenn UK die EU verlassen haben wird. Natürlich werden das alle tun, die Hochschulen sowie die für Deutschland Handelnden, aber das ist eben nur die Second-best-Lösung. Ein wirklicher Ausgleich bzw. eine Kompensation wird damit nicht erreicht.

Die Kooperation mit UK wird mit dem Brexit nicht am Ende sein. Dafür ist die Wissenschaft zu eigenständig; sie wird sich letztlich überhaupt nicht darum kümmern, was die Politik tut. Wenn ein bekannter Kollege in Cambridge, Birmingham, am University College London oder sonst wo arbeitet, dann möchte man unter allen Umständen ebenfalls dorthin, selbst wenn das Visum schwierig zu bekommen ist oder der Aufenthalt nicht durch ein EU-Programm finanziert wird.

Es wird aber dennoch viel schwieriger, nerviger und lästiger werden, und wenn es hart auf hart kommt, wählt man das Partnerland, bei dem es leichter ist. Wir sprechen zwar nicht über einen totalen Zusammenbruch, aber immerhin über solch eine erhebliche Erschwernis, dass sie im internationalen Wettbewerb, wo es auf eine kurze Zeit und auf eine flüssige und leichtgängige Kooperation ankommt, darüber entscheiden kann, ob man im weltweiten Wettbewerb vorne oder hinten liegt.

Natürlich kann man auf Vorbilder zurückgreifen, wie zum Beispiel auf die Kooperation mit der Schweiz oder mit anderen Staaten. Die Schweiz ist wiederum ein Sonderfall, weil es nicht wirklich schwierig ist, mit schweizerischen Institutionen zu kooperieren, auch wenn die Schweiz natürlich kein Mitglied in der Europäischen Union ist.

Zu der Frage nach den Karriereperspektiven. Herr Repasi, Sie sagten vorhin, dass sich kein einziger der Bewerberinnen und Bewerber, die Sie befragt haben, in Deutschland beworben hat. Ich hatte gehofft, dass es wenigstens ein paar sind. Was Sie schildern, kommt mir sehr bekannt vor. Das deutsche Wissenschaftssystem ist nicht der bevorzugte Ort für das internationale Publikum, und wir müssen uns wirklich sehr

selbstkritisch fragen, warum das so ist. Wir können stolz sein auf unsere Leistungen und die internationale Sichtbarkeit unserer Forschungsprojekte und -ergebnisse sowie Studienangebote. Dennoch hat das deutsche Wissenschaftssystem auf dem internationalen Markt kein starkes Gewicht. Die Studierendenzahlen steigen langsam an, und die internationale Mobilität nach Deutschland nimmt spürbar zu, aber leider so langsam, dass man darüber nicht wirklich froh sein kann.

Bei den Incomings ist dies noch gravierender. Das deutsche Wissenschaftssystem wird von außen – das wird einem oft gespiegelt – als ein sehr auf Deutschland bezogenes System wahrgenommen, so sehr es auch nach außen gerichtet ist. Aber sobald man die inneren Strukturen und Prozesse anschaut, kommen sie einem Außenstehenden fremd und merkwürdig vor: Die Sprache steht über allem. Natürlich ist Englisch die Wissenschaftssprache für die Naturwissenschaften, Lebenswissenschaften und für einen großen Teil der Ingenieurwissenschaften, aber ich habe mehr als einmal internationalen Wissenschaftlern, die ihren Ruf bei uns angenommen haben – es gibt sie, es sind aber nicht viele –, sagen müssen, sie seien bald, spätestens nach einem Jahr, dazu verpflichtet, ihre Kurse auf Deutsch zu unterrichten, weil es sich um deutschsprachige Studiengänge handele.

Wenn eine Studentin, ein Student aufstehen und verlangen würde, die Vorlesungen auf Deutsch zu hören, dann besteht sogar ein Rechtsanspruch darauf. Dieser besteht nur dann nicht, wenn ein Studiengang als englischsprachiger Studiengang akkreditiert ist.

Aus diesem Grund arbeiten alle Universitäten, die ich kenne, an einer zunehmenden Zahl englischsprachiger Studiengänge. Die Entwicklung in diesem Feld verläuft allerdings im Schneckentempo; das muss man selbstkritisch so sagen. Insbesondere wird das deutlich, wenn man auf unsere befreundeten Wettbewerber in den Niederlanden schaut. Die Niederlande sind in Europa das Beispiel für eine Wissenschaftsnation, die ihre Universitäten auf der Studierendenebene, aber auch auf der Ebene des Personals in einer Konsequenz, wie das nicht noch einmal in Europa anzutreffen ist, internationalisiert hat. Luxemburg versucht im Moment, das unter spezifischen Bedingungen zu kopieren, aber in Luxemburg gibt es nur eine Universität, und diese ist, soweit ich das sehe, nicht so wahnsinnig erfolgreich, jedenfalls bei weitem nicht so erfolgreich wie die großen, starken niederländischen Universitäten.

Wir in Deutschland sind kulturkonservativ und ein bisschen verliebt in unsere deutsche Wissenschaftssprache. Ich bin Germanist, und ich halte das Deutsch als Wissenschaftssprache für sehr wichtig, aber wir haben noch keine guten Rezepte gefunden, uns international zu öffnen.

Unsere Programme für die Reform der Karriereperspektiven sind State of the Art, und in dieser Hinsicht ändern sich die Dinge im Moment dramatisch. Die Geschwindigkeit und die Flexibilität, mit denen man aus Postdoc-Positionen auf Assistenzprofessuren oder Professuren kommt, und die Entschiedenheit, mit der wir alle an Tenure-Positionen auch unterhalb der Professorenebene arbeiten, ist sehr groß, und in diesem Zusammenhang wird sich auch zahlenmäßig viel ändern.

Unser Hauptproblem ist aber immer noch ein kulturelles, und das beeinflusst die Geschwindigkeit und Entschiedenheit unserer internationalen Öffnung.

Danke für die Frage, auch wenn ich sie mit einem etwas traurigen Geständnis beantworten musste.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Herr Dr. Kischkel, Ihr Bericht deckt sich ein wenig mit den Erfahrungen, die ich letzte Woche auf einer Dienstreise in Italien gemacht habe. Wir waren für einen halben Tag an der Universität in Bologna und an der europäischen Universität in Florenz zu Gast. Sehr viele im Wissenschaftsbereich gehen von hier aus dorthin, aber die Zahl derer, die zu uns kommen, ist doch ausbaufähig. Dies berichten auch die deutschen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die dort arbeiten.

Nina Salden (DAAD Außenstelle Brüssel): Herzlichen Dank für die Fragen und Anmerkungen. Ich schließe mich in vielen Dingen dem an, was mein Vorredner gesagt hat; schließlich gingen die Fragen an mich in die gleiche Richtung.

Ich möchte beginnen mit einer Anmerkung zur Veränderung der Mobilitätsströme und der Frage, wie die Hochschullandschaft bezogen auf das Erasmus+-Programm davon profitieren kann. Großbritannien ist im Moment drittbeliebtestes Zielland im Rahmen von Erasmus+. Sollte Großbritannien im Falle eines No Deals oder weil man sich entscheidet, ab 2021 nicht mehr am Erasmus+-Programm teilzunehmen, aus Erasmus+ ausscheiden, dann müssen die ganzen Erasmus-Studierenden, die bisher nach Großbritannien gegangen wären, irgendwo anders hin.

Viele sind natürlich aufgrund der englischen Sprache, aber auch wegen des qualitativ hochwertigen Hochschulsystems dorthin gegangen. Irland als Land mit einem sehr kleinen Hochschulsystem kann das nicht wirklich auffangen. Die Alternativen sind natürlich englischsprachige Studienangebote zum Beispiel in den Niederlanden, in den nordeuropäischen Ländern, aber eben auch – wenn vorhanden – in Deutschland. Auf diese Weise könnten eventuell auch Hochschulen in Deutschland profitieren, allerdings nur, wenn dieser Bereich ausgebaut würde.

Inwiefern könnten weitere Gewinne für das deutsche Hochschulsystem zustande kommen? Wir bemerken im Moment vonseiten der britischen Partneruniversitäten durchaus eine höhere Kooperationsbereitschaft, zum Beispiel im Hinblick auf die Allianz Oxford-Berlin. Es gibt aber noch ein paar weitere Beispiele, wo britische Partneruniversitäten sich im Moment sehr offen zeigen, engere Kooperationen mit deutschen Partnern einzugehen, auf die einige deutsche Universitäten durchaus schon ein paar Jahre lang gewartet haben und die sich jetzt realisieren lassen. Das ist etwa in Cambridge, an der LMU, aber auch in Lüneburg etc. der Fall. Ich habe in meiner schriftlichen Stellungnahme einige Beispiele aufgeführt.

Zu der Frage, was im Land Nordrhein-Westfalen gemacht werden kann, um die Auswirkungen des Brexits zu schmälern. Es ist ganz wichtig, noch einmal daran zu erinnern, dass von der Studierendenmobilität gerade junge Leute profitieren und die Mehrzahl der jungen Leute in Großbritannien gegen den Brexit gestimmt hat. Unser Beden-

ken ist, dass die jungen Menschen die ersten Leittragenden dieser politischen Veränderungen sind. Daher fordere ich ganz deutlich, man sollte dafür arbeiten, dass der Austausch mit Großbritannien weiterhin bestehen bleibt und möglich ist.

Die beste Option wäre aus unserer Sicht, wenn Großbritannien weiterhin am Erasmus+-Programm teilnehmen würde. Das hängt jedoch nicht nur von unserer Seite ab, sondern sehr stark von der britischen Seite. Wir empfehlen große Anstrengungen dafür, dass Großbritannien weiterhin am Erasmus+-Programm teilnehmen kann.

Die Second-best-Option, sollte Großbritannien nicht mehr an Erasmus+ teilnehmen, wäre es natürlich, bilaterale Austauschprogramme aufzusetzen, die möglichst einfach, ohne große Verfahren umzusetzen sind. Der große Vorteil an Erasmus+ ist, dass die Hürde für die Studierenden, ins Ausland zu gehen, nicht sehr groß ist.

Bilaterale Programme in Form von Austauschprogrammen mit den Vereinigten Staaten und anderen Staaten außerhalb der EU haben wir bereits. Dies bleibt allerdings immer die Second-best-Option, weil der Austausch im Rahmen der EU-Programme sehr einfach umzusetzen ist und ein eingespieltes System darstellt.

Vielleicht spielen Sie auf die Schweizer Parallellösung an. Die Schweiz ist im Moment ebenfalls nicht an Erasmus+ beteiligt, sondern sie hat ein Parallelprogramm finanziert durch nationale Gelder aufgesetzt, mit dessen Hilfe Studierenden ein Aufenthalt in der Schweiz möglich gemacht wird und Schweizer Studierende in die EU geschickt werden. Wenn wir mit unseren Schweizer Partnern an den Hochschulen sprechen, hören wir, dass auch das nur als eine Notlösung gesehen wird, da vollständig neue Verträge mit den Schweizer Hochschulen geschlossen werden müssen. Dies kann nicht über die bestehenden Erasmus-Verträge geregelt werden, weil es sich um unterschiedliche Sätze und Verfahren handelt. Das ist mit Mehraufwand verbunden.

Darüber hinaus betrifft diese Schweizer Parallellösung auch nur die Mobilität und nicht die Hochschulkooperationsprogramme. Nur zur Erinnerung: Erasmus+ ist weit mehr als nur die Förderung der Studierendenmobilität, sondern es geht auch um Mobilität in anderen Bildungsbereichen und um Hochschulkooperationsprogramme, wozu zum Beispiel die neue, renommierte Förderlinie der europäischen Hochschulen zählt. Man würde sich wünschen, dass auch Großbritannien mit seinem qualitativen Hochschulsystem an solchen Initiativen teilnimmt. Das alles ist für die Schweiz im Moment nicht möglich.

Es wurde die Frage gestellt, wie unsere britischen Partner die Situation im Moment einschätzen. Auf politischer Seite arbeiten wir mit dem British Council, aber auch mit der nationalen Agentur, die für das Erasmus+-Programm zuständig ist, zusammen. Sie suchen nun die Zusammenarbeit noch viel stärker, als das vorher der Fall gewesen ist. Um es einmal plastisch darzustellen: Das British Council hat seine große Going Global Konferenz dieses Jahr in Berlin stattfinden lassen, natürlich mit der ganz klaren, nach Hause gerichteten Message: Europa ist uns ganz wichtig; die EU ist ganz wichtig für den weiteren Austausch. Die nationale Agentur macht außerdem speziell Werbung dafür – sogar noch mehr als vorher –, dass sich die britischen Hochschulen weiterhin am Erasmus Programm beteiligen, um damit Fakten zu schaffen und gegenüber den eigenen Politikern klarzustellen, wie wichtig die Kooperation mit der EU ist.

Aufseiten der britischen Hochschulen stellen wir ein gewisses Entgegenkommen fest. Kommt es beispielsweise zu einem harten Brexit, können danach keine Erasmus-Studierenden mehr nach Großbritannien geschickt werden. Angesichts dessen stellen sich viele Hochschulen natürlich die Frage, ob man auch außerhalb des Programms Studierende für ein Semester nach Großbritannien schicken kann und ob diese dann Studiengebühren zahlen müssen. Viele deutsche Hochschulen haben ihre Partnerschaftsverträge mit britischen Hochschulen erneuert und sich zusichern lassen, dass auch nach dem Brexit die sogenannten Credit-Mobility-Studierenden noch für ein Semester nach Großbritannien gehen können, ohne dass diese Studiengebühren zahlen müssen. Das ist relevant, wenn es bei dem Auslandsaufenthalt nicht um das gesamte Studium geht, sondern nur um zum Beispiel ein Semester. In dieser Hinsicht besteht seitens der britischen Hochschulen eine gewisse Offenheit, weiterhin mit den europäischen Partnern kooperieren zu wollen.

Es wurde gefragt, wie die Durchführung von Praktika weiterhin gesichert werden kann und welche Maßnahmen in diesem Zusammenhang ergriffen werden können. Das ist schwierig zu beantworten, weil es mit der gesamten Frage nach den Aufenthaltsrechten von EU-Bürgern in Großbritannien in Zusammenhang steht und wir noch nicht wissen, welche Regelungen in diesem Zusammenhang ergriffen werden – das gilt reziprok für die Briten hier bei uns in Deutschland. Wahrscheinlich wird die eine Seite schauen, was die andere Seite tut. Wenn es keine gesamteuropäischen Regelungen mehr gibt, muss man gegebenenfalls auf bilaterale Regelungen zurückgreifen, um Praktika auch weiterhin möglich zu machen. Grundsätzlich würde ich davon ausgehen, dass dies auch im britischen Interesse sein sollte; denn Großbritannien und Deutschland sind immerhin enge Handelspartner, und Deutschland ist deshalb für die britischen Studierenden, die für Praktika ins Ausland gehen möchten, ein beliebtes Ziel-land.

Vorsitzender Stefan Engsfeld: Bestehen seitens der Fraktionen weitere Fragen? – Herr Kollege.

Sebastian Watermeier (SPD): Frau Salden, ich habe eine Nachfrage zu Ihren bisherigen Ausführungen. Sie haben die bilateralen Kooperationsprojekte, die nun verstärkt mit Berlin, Oxford, Cambridge, der LMU, der TU München und dem Imperial College London initiiert werden, angesprochen. Können Sie sich erklären, weshalb gerade am leistungsstarken Hochschul- und Forschungsstandort NRW vergleichbare Kooperationen fehlen? Was bräuchte es vonseiten der Landesregierung, um solche Kooperationen stärker anzuschieben und zu unterstützen?

Frau Finnern, Sie äußern Befürchtungen, dass der potenzielle Wegfall von Erasmus+ gerade Studierende mit einem finanzschwachen familiären Hintergrund betreffen könnte. Gerade diese stellt ein Auslandsaufenthalt ohnehin vor Hürden sowohl bürokratischer als auch finanzieller Art. Wie kann das Land NRW gegensteuern, um diese Hürden abzubauen und den Studierenden weiterhin einen Aufenthalt im Vereinigten Königreich zu ermöglichen?

Ulrich Reuter (FDP): Herr Dr. Kischkel, Ihre Kollegin Frau Dr. Diehr hat in ihrer Stellungnahme ausgeführt – ich weiß nicht, inwieweit Sie dazu etwas sagen können –, dass es die Lage bei Projekten aus Einzelfördermaßnahmen mit einer Gasteinrichtung im Vereinigten Königreich im Gegensatz zu Verbundprojekten, bei denen es voraussichtlich nur begrenzte Auswirkungen geben dürfte, unsicher ist. Können Sie dazu Stellung nehmen?

Dr. Ralf Mittelstädt (Sachverständiger EK II): Mit Bezug auf die bestehenden wissenschaftlichen Kooperationen wurde dargestellt, dass die Autorenbeziehungen nun rückläufig seien. Gibt es noch weitere Kooperationsmodelle, bei denen der Brexit eine Auswirkung auf die weitere Zusammenarbeit haben könnte? Vorhin haben Sie angesprochen, dass zum Teil auch einzelne Unternehmen mit direkten Kooperationen davon betroffen sind. Fiele dies darunter? Bestände die Möglichkeit, das notwendige Know-how für Unternehmen, die diese Kooperationsmöglichkeiten gerne weiterführen würden, auch in Nordrhein-Westfalen zu sichern?

Raphael Tigges (CDU): Herr Dr. Kischkel, Sie hatten nebenbei den Zugang zu wissenschaftlichen Geräten angesprochen. Können Sie dieses Thema noch etwas ausführlicher darstellen? Die Brisanz, dass der Zugang tatsächlich schwieriger wird, hatte ich bisher nicht gesehen. Ich hätte gedacht, es handele sich um ein normales Handelsgut, das im Falle eines Brexits vielleicht mit Zöllen oder ähnlichem belegt würde.

Was meinten Sie konkret, als Sie die Highendforschung angesprochen haben, die wechselseitig dort und hier betrieben werden soll? Worin liegt die konkrete Schwierigkeit? Ich hatte es eigentlich so verstanden, dass es sich dabei schlicht um ein Handelsgut handelt, dass man einfach einkauft und dann nutzt.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ich stelle keinen weiteren Fragebedarf fest. Mit Blick auf die Uhr beende ich hiermit die Fragerunde. Wir kommen zur Schlussrunde seitens der sachverständigen Gäste.

Dr. Roland Kischkel (Bergische Universität Wuppertal): Herr Reuter, ich kann die Ausführungen von Frau Diehr leider nicht kommentieren. Ich habe mit ihr über Aspekte der Lehrerbildung und des Studierendenaustauschs gesprochen, aber nicht über diesen Punkt.

In Bezug auf Herrn Mittelstädts Überlegungen, ob man in NRW eine Art von Unterstützungsservice bzw. Kompetenzzentrum für supranationale Kooperationen gerade auch für Unternehmen einrichten kann, bin ich unsicher. Fast möchte man sagen: Lassen Sie uns doch alles machen, was uns irgendwie in den Sinn kommt!

Dort, wo die lokalen Unternehmensverbände bzw. Wirtschaftsverbände über entsprechende Ressourcen verfügen, tun sie das bereits. Große IHKs oder Handelskammern verfügen über solche Services und arbeiten eng mit Wissenschaftseinrichtungen zusammen. Da muss man nichts Neues erfinden, man muss es vielleicht nur zusammen-

führen, ermutigen und hier und da Förderanreize geben, um international stärker präsent zu sein. Letztendlich ist das aber kein NRW-spezifisches Problem. Die Unterstützung kann zwar aus NRW kommen, hat aber keinen NRW-Fokus.

Herr Tigges, natürlich wird man weiterhin solche Geräte erwerben können, aber die Europäische Union stellt für den innereuropäischen Handel ein sehr viel einfacheres Rechtssystem zur Verfügung. Der Handel über die Union ist schneller, berechenbarer und rechtsicherer. Wir haben zwar keinen völlig einheitlichen, aber dennoch einen relativ homogenen Rechtsrahmen. Man merkt das schnell, wenn man beispielsweise die Einfuhr von Geräten aus Singapur mit der Einfuhr von Geräten aus Schweden vergleicht. Das eine muss nicht zwingend schneller sein als das andere, aber es ist definitiv mit mehr Rechtsunsicherheit, mit einem höheren administrativen Aufwand und häufig auch mit höheren Kosten verbunden.

Ich würde davon ausgehen, dass der Handel erschwert wird, wenn die britische Mehrheitspolitik sich durchsetzt. Es wird schließlich immer über Handelshemmnisse gesprochen, und die Europäische Union wird, sollte Großbritannien für den Import Handelshemmnisse aufbauen, am Ende reagieren müssen. All das wird eine abschreckende Wirkung haben.

Ich könnte mir sogar vorstellen, dass einige der Unternehmen, die jetzt noch in UK sitzen, sich überlegen, ihren Firmensitz in das EU-Europa zu verlegen. Wie wir jetzt schon sehen, wird eine ganze Reihe von Personen, Wissenschaftlern sowie Unternehmen und Selbstständigen nach EU-Europa auswandern oder migrieren, um weiterhin in dem kulturellen und wissenschaftlichen System der Europäischen Union tätig sein zu können. Das darf man nicht unterschätzen.

Wir haben damals die Einführung des europäischen Hochschulraums ein bisschen belächelt. Die meisten Hochschulen waren außerordentlich kritisch und haben darauf hingewiesen, dies bringe keine Internationalisierung oder Standardisierung mit sich. Die Bilanz zur Bologna-Reform ist auch keineswegs nur positiv. Es gibt da wirklich Licht und Schatten. Letztlich hat Bologna aber doch einen Beitrag dazu geleistet, einen berechenbaren, selbstverständlichen, leicht handhabbaren Rechts- und kulturellen Rahmen für die internationale Zusammenarbeit in Europa zu schaffen. Wer dazugehört, ist Teil eines selbstverständlichen, leichtgängigen Handlungsrahmens, wer nicht dazugehört, hat mit einer Schwelle zu kämpfen.

Wie hoch diese Schwelle am Ende sein wird, möchte ich nicht prognostizieren. Ich bin kein Pessimist. Aus Sicht des Wissenschaftssystems vermute ich, dass sich die Wissenschaft ihre Bahnen suchen wird. Bessere Rahmenbedingungen auf der rechtlichen und auf der handelsrechtlichen Ebene würden wir aber natürlich begrüßen. Würden sie schlechter, müssten wir uns andere Wege suchen, die dann aber nicht so gut wären.

Nina Salden (DAAD Außenstelle Brüssel): Es wurde noch einmal die Frage nach den Kooperationsprojekten, zu denen ich einige Beispiele angeführt hatte – es sind keine Hochschulen aus Nordrhein-Westfalen dabei –, gestellt. Nach meiner Kenntnis beruhen all diese mit großen Pressemitteilungen verkündeten Kooperationsprojekte

auf bereits bestehenden Kooperationen, die man jetzt eventuell noch einmal intensiviert und mit entsprechender Unterstützung unterschiedlicher Stellen auf eine neue Ebene gehoben hat. Dies beruht aber durchaus auch auf einer Bottom-up-Initiative der Hochschulen selbst. Es besteht jetzt auch eine größere Bereitschaft seitens der britischen Partner, darauf einzugehen.

Daher würde ich die Frage, ob solche Grundlagen sowie das Interesse, eine solche Kooperation auf eine neue Ebene zu heben, bereits bestehen, an die nordrhein-westfälischen Hochschulen weitergeben.

Von meinem Vorredner Herrn Kischkel kam der Vorschlag einer landesseitigen Delegationsreise nach Großbritannien, um zu verdeutlichen, dass man eine Zusammenarbeit unterstützt. Wie gesagt, ich halte es für ganz besonders wichtig, mit den Hochschulen zu sprechen und zu schauen, wo Möglichkeiten des Ausbaus der Kooperation bestehen.

Die Frage zu sozialschwächeren Studierenden und Erasmus+ möchte ich nicht beantworten, denn sie war an Frau Finnern gerichtet. Dennoch ein Hinweis dazu: Für die nächste Programmperiode ab 2020/21 hat die Europäische Kommission eine Verdopplung des Gesamtbudgets von Erasmus+ vorgeschlagen. Wir müssen abwarten, ob es wirklich dazu kommen wird, aber das ist schon ein großer Berg, der Mobilität in der Breite und nicht nur für die Besten der Besten zur Verfügung stellt. Schließlich ist eines der wesentlichen Ziele des Erasmus+-Programms, eine bessere Inklusion zu erreichen, also mehr Studierenden aus sozial schwächeren Familien mit gewissen Hemmnissen – Migrationshintergrund o. ä. – den Zugang zu Erasmus+ zu ermöglichen.

Maïke Finnern (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW): Ergänzend dazu: Man muss bedenken, dass für Studierende, die einen anderen Hintergrund haben und nicht so bevorteilt sind, sich jeglicher Zugang zu den bestehenden Fördermitteln grundsätzlich schwierig gestaltet.

Das beginnt bereits beim BAföG. Es ist gut und richtig, dass es das BAföG gibt, aber trotzdem ist es für diejenigen, für die es gemacht ist, besonders schwierig, da ranzukommen. Die Betroffenen denken häufig bereits im Vorfeld darüber nach, dass sie sich mit dem BAföG verschulden, noch bevor sie Geld verdienen. Häufig kommen sie aus Familien, in denen sie erleben, was Schulden bedeuten. Sie finden das BAföG zwar grundsätzlich gut, aber sie ziehen es für sich nicht in Betracht. Es ist für dieses Klientel grundsätzlich schwierig, sich solchen Maßnahmen zu öffnen, sie anzunehmen und daraus eine Zukunftsperspektive zu entwickeln.

Frau Salden hat es gerade ausgeführt: Es wäre ganz wichtig, wenn das Land NRW sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Weiterführung von Erasmus+ einsetzen würde; denn es handelt sich um ein recht großes Programm mit leichtem Zugang.

Ich meine schon, dass das Land NRW noch einmal in Beratungsstrukturen an den Universitäten investieren könnte. Es sollte ein erleichterter Zugang für Studierende und eine bessere Beratung geschaffen werden, damit der Zugriff auf Förderprogramme

vereinfacht wird und somit die Überlegungen der Betroffenen, die ich gerade dargestellt habe, überwunden werden können. Bei dem soeben skizzierten Klientel ist zu Hause häufig keine Beratung vorhanden, und die Betroffenen wissen gar nicht, was es überhaupt gibt und kommen mit den Begrifflichkeiten nicht zurecht.

Das Land sollte sich außerdem ganz verstärkt dafür einsetzen, dass das Programm Erasmus+ mit UK fortgeführt wird, auch wenn die Briten nicht mehr Teil der EU sind.

Vorsitzender Stefan Engstfeld: Ganz herzlichen Dank für Ihre Ausführungen und dafür, dass Sie für die Fragen der Abgeordneten und Sachverständigen zur Verfügung gestanden haben. Vielen Dank auch für die sehr hilfreichen schriftlichen Stellungnahmen. Wie Sie sehen, arbeiten wir intensiv an dem Thema und versuchen, immer tiefer in die Materie einzutauchen. Ihre Ausführungen heute bedeuten einen wichtigen Baustein, der uns dabei weitergebracht hat.

2 Sachstandsbericht hinsichtlich der deutsch britischen Kooperation und Berührungspunkte im Forschungsbereich Nordrhein-Westfalen

Vortrag durch Herrn Christian Fischer,
Direktor der Gruppe Informationsmanagement
der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bonn

gez. Stefan Engstfeld
Vorsitzender

Anlage

19.06.2019/24.06.2019

50

Stand: 03.06.2019

Anhörung von Sachverständigen
Enquetekommission II**"Die Auswirkungen des Brexit in NRW auf die Bereiche Wissenschaft, Bildung und Forschung"**Dienstag, dem 4. Juni 2019
14.00 bis 16.00 Uhr, Raum E 1 A 16**Tableau**

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Herr Rüdiger Käuser Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung Siegen-Weidenau	Rüdiger Käuser	17/1557
Frau Dorothea Schäfer Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften NRW Essen	Maike Finnern	17/1566
Frau Nina Salden DAAD Außenstelle Brüssel Brüssel, Belgien	Nina Salden	17/1551
Herr Dr. Roland Kischkel Bergische Universität Wuppertal Wuppertal	Dr. Roland Kischkel	17/1554

WEITERE STELLUNGNAHMEN	
Landeskonferenz der Fachhochschulen NRW e.V.	17/1535
Bergische Universität Wuppertal Fachbereich A Geistes- und Kulturwissenschaften Anglistik/Amerikanistik Didaktik des Englischen	17/1508

